

Schorndorfer Wort zum Gerechten Frieden

verabschiedet beim 16. bundesweiten Vernetzungstreffen der ökumenischen Friedensgebetsgruppen vom 9. – 11.9.2011 in Schorndorf mit dem Tagungsthema „Von der Geißel des Krieges befreien (UN-Charta) – Kirche als Friedensbewegung Gottes auf Erden“

Als Abschluss der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt fand vom 17. – 25. Mai 2011 in Kingston/Jamaika die Internationale ökumenische Friedenskonvokation statt. An dieser Friedensversammlung der Ökumene haben mehr als 1000 Menschen aus allen Kontinenten teilgenommen. Die Botschaft dieser Friedenskonvokation ist eine Aufforderung zum aktiven Engagement für „Gerechten Frieden“. Als ökumenische Friedensgebetsgruppen wollen wir beitragen zur Überwindung von Gewalt, zu Gerechtigkeit und Frieden in unserem direkten Umfeld und in anderen Teilen der Welt. Der „Ökumenische Aufruf zum gerechten Frieden“ des Ökumenischen Rats der Kirchen sowie die Botschaft der Friedenskonvokation in Jamaika sind Grundlage unserer Diskussion, unserer Erwartungen, Handlungsvorschläge und Forderungen.

Den Weg zu gerechtem Frieden verstehen wir als einen kollektiven und dynamischen Prozess, der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Voraussetzungen schaffen für gerechte Beziehungen, die den Bedürfnissen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten (nach Aufruf § 11).

Entsprechend der Botschaft von Jamaika befassen wir uns in dieser Erklärung mit vier Bereichen, die untrennbar zusammenhängen:

1. Gerechter Frieden in der Gemeinschaft – damit alle frei von Angst leben können

Der Weg zu Gerechtem Frieden beginnt mit Veränderungen bei uns, in unserer Gemeinschaft. Deshalb muss Erziehung zu Gewaltfreiheit durchgehender Erziehungsgrundsatz werden in Kindergärten, Schulen und allen Ausbildungsstätten. Es geht uns darum, Kinder stark und selbstbewusst zu machen, z. B. durch Mädchen- bzw. Jungenwochen, Förderung sozialer Verantwortung und Ermutigung zu Zivilcourage. Jugendliche sollen lernen, in Familien und Gemeinschaften frei und fair zu reden, fair und mit Stehvermögen mutig aufzutreten, mündig zu sein und wenn notwendig unbequem zu handeln.

Wir verlangen von unseren Landesregierungen die Kündigung der Kooperationsverträge mit der Bundeswehr.

Der zunehmenden Gewalt in unserer Gesellschaft muss begegnet werden. Kinder und Jugendliche müssen besser vor menschenverachtender Gewalt in den Medien geschützt werden. Wir schließen uns den Forderungen des Aktionsbündnisses in Winnenden an „keine großkalibrigen Waffen in privater Hand“ und nehmen mit dem Aktionsbündnis Winnenden Kontakt auf.

Wir erwarten, dass jede Kommune und Kirchengemeinde einen Plan entwickelt, der sicherstellt, dass niemand in der Gemeinschaft (behinderte, alte, junge, arme, kranke Menschen...) von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausgeschlossen wird. Wir unterstützen gemeinsame Aktionen wie Nachbarschaftsfeste, Patenschaften in Kindergärten und Schulen, ökumenische und interreligiöse Treffen und Gottesdienste.

Von unseren Landesregierungen erwarten wir die Sicherstellung der Lernmittelfreiheit für alle Bedürftigen. Kein Kind darf aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden.

Beheimatung von Fremden muss zur Pflichtaufgabe jeder Kirchengemeinde werden. Wir verlangen von unseren Kirchenleitungen, dass sie in Sachen „Festung Europa“ nicht schweigen, sondern das damit verbundene Unrecht deutlich benennen.

Wir treten ein für die Bewahrung der Sonntagsruhe, gegebenenfalls durch die Aufforderung zum Einkaufsboykott.

2. Gerechter Frieden mit der Erde – damit das Leben erhalten wird

Wir stellen uns inhaltlich hinter die Botschaft der Konvokation von Jamaika. Wir tragen die Botschaft in unsere Kirchengemeinden und fordern die Kirchenleitungen auf, ihren Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geltend zu machen. Wir wenden uns an die politischen Entscheidungsträger mit folgenden Forderungen:

- Der gesetzlich verankerte Atomausstieg muss unumkehrbar bleiben. Die Kosten müssen von den Betreibern, nicht vom Steuerzahler übernommen werden.

- Die regenerative Energieerzeugung hat Vorrang und muss weiterhin intensiv finanziell gefördert werden.

Jeder und jede Einzelne von uns verpflichtet sich zu größtmöglicher Einsparung beim Energieverbrauch. Wir fordern von unseren Kirchen die ausschließliche Nutzung regenerativer Energie. In jeder Kirchengemeinde ist ein ökologisches Zertifizierungsverfahren einzuführen (grüner Gockel, Hahn, etc.). Wir unterstützen den Weg zu einer „klimaneutralen Kirche“.

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein grundlegendes Lebensrecht für alle Menschen. Jeder und jede Einzelne von uns verpflichtet sich, sorgsam mit Wasser umzugehen. Wir wollen wachsam sein gegenüber allen Versuchen, Wasserversorgung zu privatisieren. In Kooperation mit Kampagnen in Kommunen und im Kontakt mit Entscheidungsträgern muss die Privatisierung verhindert oder rückgängig gemacht werden. Wir unterstützen Projekte, die sich für den verantwortlichen und nachhaltigen Umgang mit Wasser einsetzen.

Wir verurteilen die willkürliche Verschmutzung von Gewässern aufgrund wirtschaftlicher Interessen und sind erschüttert über Ölverschmutzung und die gewaltige Ansammlung von Kunststoffmüll in den Weltmeeren und den sinnlosen Tod vieler Tiere. Wir fordern die Entwicklung weg vom linearen Wachstumsdenken hin zu nachhaltigem Denken und Handeln in Kreisläufen. Die Kirchenleitungen sind aufgefordert, die Mitglieder der Kirchen widerstandsfähig zu machen gegenüber der herrschenden Wachstumsideologie. Alle sind verpflichtet, mitzumachen bei der Umkehr.

Wir engagieren uns für eine Erziehung zum besseren Umgang mit Lebensmitteln und Achtung vor der Natur. Wir benennen und bekämpfen den Skandal der Vernichtung von Lebensmitteln. Wir wollen durch Politik mit dem Einkaufskorb regionale, fair gehandelte Produktion und Weltläden unterstützen, uns für „fairen Kaffee“ in Kirchengemeinden und öffentlichen Einrichtungen einsetzen. Wir erwarten von unseren Kirchenleitungen, dass sie Vorbild sind für öko- fairen Einkauf.

Wir erwarten und unterstützen neue, umweltverträgliche Konzepte für Mobilität, z.B. Verbesserung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Entwicklung und Nutzung von Fahrzeugen mit geringer Emission, Car Sharing, fahrradfreundliche Verkehrsführung in und außerhalb von Ortschaften.

3. Gerechter Frieden in der Wirtschaft - damit alle in Würde leben können

Bis vor Kurzem galt: zu unserem System des Kapitalismus gibt es keine Alternative. Heute wissen wir, dass der Kapitalismus uns alle in Katastrophen führt, dass unsere Zivilisation vor dem Kollaps steht. Als Christen und als Kirchen sind wir mitverantwortlich für die Abkoppelung der Geldwirtschaft von der Realwirtschaft und deren Konsequenzen.

Wir wollen nicht länger Teil dieses ungerechten, den Frieden gefährdenden Wirtschaftssystems sein und davon profitieren. Wir erwarten deshalb von uns und von unseren Mitmenschen, von Christinnen und Christen, den Kirchen und den Regierenden, dass sie entschlossen mithelfen, den Weg zu einer solidarischen Ökonomie zu ebnen. Dazu gehört eine solide Grundversorgung, z.B. durch bedingungsloses Grundeinkommen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Wirtschaft darf nicht die Politik bestimmen, die Wirtschaft muss in den Dienst des Lebens gestellt werden! Jede und Jeder kann dazu beitragen

- durch vorbildliches Konsumverhalten
- durch Politik mit dem Einkaufskorb beim täglichen Einkauf
- durch ethisch verantwortliche Geldanlage (nachhaltig, sozial, ökologisch)
- durch Benennen von zerstörerischen Strukturen
- durch persönliches Engagement und Sicheinmischen

Zur Umsetzung unserer Vorstellungen und Erwartungen wollen wir, gemeinsam mit Kirchen und Kommunen bestehende Netzwerke nutzen, z.B. Christliche Initiative Romero, attac, Aktion Saubere Kleidung, MISEREOR, Brot für die Welt, Erlassjahr - Kampagne, Avaaz.

Wir ermutigen die kirchlichen Medienexperten zur Einrichtung von Internet- Plattformen zur Unterstützung von regionalen und überregionalen Aktionen für Gerechten Frieden.

4. Gerechter Frieden zwischen den Völkern - damit Menschenleben geschützt werden, die Menschheit von der Geißel des Krieges und der Gewalt befreit wird.

Wir verstehen die christliche Kirche als Friedensbewegung Gottes auf Erden. Wir setzen uns dafür ein, das Ziel „Überwindung der Institution des Militärs im 21. Jahrhundert“ als Forderung an Kirchen und Regierungen öffentlich zu vertreten. Wir leben von der Hoffnung, dass Gewalt überwunden werden kann.

Dies bestätigen die Beispiele Aussöhnung mit Frankreich und den östlichen Nachbarn sowie die Friedliche Revolution von 1989 in Deutschland.

Wir bekräftigen erneut die eindeutige Aussage des ÖRK in Amsterdam 1948: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“. Kein Krieg hat je zu Frieden geführt; deshalb lehnen wir Krieg immer und absolut ab, auch als „ultima ratio“. Die in der evangelischen Kirchentradition (Augsburger Bekenntnis, Art. 16) formulierte Möglichkeit, „rechtmäßige Kriege“ zu führen, wird von uns als nicht Jesus gemäß abgelehnt! Wir erwarten von unseren Kirchen eine entsprechend eindeutige Distanzierung vom „Gerechten Krieg“.

Da Krieg nicht legitimiert werden kann, ist Anti-Kriegserziehung in Elternhaus, Kindergarten, Schulen, Kirchen etc. notwendig: „Sie werden hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen“ (Micha 4,3, Jes. 2,4; siehe auch Schorndorfer Erklärung von 2007).

Wir begrüßen die Aussetzung der Wehrpflicht als ersten Schritt in die richtige Richtung; dem muss die vollständige Abschaffung des Militärs in Deutschland folgen. Um unserer Schutzverantwortung für bedrohte Menschen gerecht zu werden, schlagen wir vor, dass Deutschland Freiwillige zur Verfügung stellt für einen internationalen Schutz mit rechtsstaatlicher Polizeifunktion unter UN- Mandat gemäß geltendem Völkerrecht.

Wir fordern den Abzug und die Vernichtung aller in Deutschland stationierten Atomwaffen sowie den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland.

Wir sind entsetzt darüber, dass Rüstungsexporte, auch in Krisengebiete, aus Deutschland zugenommen haben und wir mittlerweile der weltweit drittgrößte Waffenexporteur sind. Wir unterstützen und fordern mit der „Aktion Aufschrei“ den Stopp von Rüstungsexporten.

Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Württembergischen Landeskirche, sich für Rüstungskonversion im Bereich der Landeskirche einzusetzen und mit betreffenden Firmen Gespräche zu führen.

Zum Aufbau einer Kultur des Friedens ist es notwendig, die Erfahrungen der traditionellen Friedenskirchen (Quäker, Mennoniten) zu nutzen und einen offenen, angstfreien Dialog mit Juden, Muslimen, Angehörigen anderer Religionen sowie mit Atheisten zu führen. Als Friedengebetsgruppen wirken wir in diesem Prozess gerne mit durch Kontakte, Vernetzung, Veranstaltungen. Wir erwarten auch von unseren örtlichen Kirchengemeinden, Kirchenbezirken, Landeskirchen bzw. Diözesen die aktive Förderung und Mitwirkung in diesem Prozess.

Wir fordern den Ausbau der Zivilen Friedensdienste und schließen uns der Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär“ an (Umwidmung von Mitteln des Verteidigungsetats). Wir empfehlen die ideelle und materielle Unterstützung aller Friedens- und Abrüstungsorganisationen, z.B. „Ohne Rüstung leben“.

Als ökumenische Friedengebetsgruppen werden wir nicht nachlassen, unsere Kirchenleitungen und Kirchengemeinden dahin zu bewegen, sich als Friedensbewegung Gottes auf Erden zu verstehen, die Friedensbotschaft Jesu ernst zu nehmen, konkrete Schritte auf dem Weg zum Gerechten Frieden zu tun und ihr kirchliches Wächteramt deutlich gegenüber Christinnen und Christen, Gesellschaft und Politik wahrzunehmen. Wir suchen die Kooperation mit allen Religionen und außerkirchlichen Initiativen und Gruppen, die für Gerechten Frieden eintreten.

Vor dem Horizont der Erfahrung der Friedlichen Revolution 1989 in Deutschland sehen wir unsere Friedensgebete als Notwendigen Beitrag zum Gerechten Frieden.

Einstimmig verabschiedet von 78 Teilnehmenden am 16. bundesweiten Vernetzungstreffen der ökumenischen Friedengebetsgruppen.

Schorndorf, am 11. September 2011